

DER LINKE Landtags-Rundbrief

Ausgabe 11/Januar 2012



Liebe Leserin, lieber Leser,

eine Erkenntnis hat diese Landtagssitzung gebracht: Die Verknüpfung von Politik und wirtschaftlichen Interessen ist bei der schwarz-gelben Landesregierung unter Ministerpräsident Christian Wulff nicht die Ausnahme, sondern wohl ein grundlegendes Element gewesen. Das erklärt auch die flatternden Nerven, die Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) nach einem Zwischenruf unseres Fraktionsvorsitzenden dazu brachten, diesem mit einer Klage wegen Verleumdung zu drohen. Adler hatte mit seinem Zwischenruf unterstellt, Möllring habe bereits länger von den geschäftlichen Verquickungen der Landesregierung mit den Veranstaltern des ‚Nord-Süd-Dialoges‘ gewusst. Bisher fordert DIE LINKE als einzige Fraktion einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung, während die SPD sich ziert, weil ihre früheren Landesregierungen sich möglicherweise selbst ungeniert im trüben Sumpf zwischen Politik und Wirtschaft bewegten. Es braucht Druck von links, damit tatsächlich aufgeklärt wird. So wie Druck von links dazu geführt hat, dass jetzt eine offizielle Untersuchung der NS-Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter veröffentlicht wurde und inzwischen sogar Bundeskanzlerin Merkel die Transaktionssteuer einführen will.

Ihre Kreszentia Flauger

Adler: Untersuchungsausschuss soll Wulff-Affäre aufklären



Um die Affäre um Bundespräsident Christian Wulff aufzuklären, hat die Linksfraktion beantragt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der Ausschuss soll sich mit der Verfilzung zwischen Politik und Wirtschaft in Niedersachsen befassen, die sich anscheinend um die Landesregierung herausgebildet hat. Da der Untersuchungsausschuss nur zustande kommt, wenn auch die SPD zustimmt, versuchte der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Hans-Henning Adler vor allem die Sozialdemokraten zu überzeugen. „Mit Fragen allein kann man nichts erreichen, weil nur Ausflüchte als Antworten kommen“ betonte Adler. „Wir brauchen eine richtige Untersuchung, deshalb wollen wir Zeugen vereidigen und vernehmen.“ So will die Linksfraktion unter anderem klären, welche Rolle die Landesregierung bei der Organisation und Finanzierung des „Nord-Süd-Dialogs“ gespielt hat, der vom Eventmanager Manfred Schmidt organisiert wurde. Wulffs früherer engster Vertrauter Olaf Glaeseker soll in seiner Zeit als Regierungsspre-

cher Sponsoren für die Veranstaltung gesucht haben. Als Gegenleistung habe Glaeseker mehrere Gratisurlaube in verschiedenen Feriendomizilen des Eventmanagers erhalten. „Hat Wulff als Schirmherr des ‚Nord-Süd-Dialogs‘ wirklich nichts von den Verbindungen seines engsten Vertrauten zu Schmidt gewusst?“, fragte Hans-Henning Adler. Das Landwirtschaftsministerium hat den ‚Nord-Süd-Dialog‘ entgegen früheren Erklärungen der Landesregierung mit einem Buchgeschenk an die TeilnehmerInnen unterstützt. „Die Regierung hat das Parlament offensichtlich belogen und damit die Landesverfassung verletzt“, betonte Adler. Der Bundespräsident will auch von den vielen Vergünstigungen, die er bekommen hat, nicht gewusst haben – etwa die Finanzierung der Anzeigenkampagne für sein Buch durch „Drückerkönig“ Carsten Maschmeyer. Im Untersuchungsausschuss wird auch zu klären sein, inwieweit Wulff mit seinem supergünstigen Kredit bei der BW-Bank gegen das niedersächsische Ministergesetz verstoßen hat.

Herzog: Asbesthalde in Wunstorf-Luthe vor Ort sichern!



Die Linksfraktion hat den umgehenden Stopp aller Planungen für den Abtransport der Asbesthalde in Wunstorf-Luthe gefordert, um die Bevölkerung nicht zu gefährden. Stattdessen solle die Deponie vor Ort gesichert werden. Für die Sanierung der Halde soll die Region Hannover als zuständige Bodenschutzbehörde Rechtsnachfolger der Verursacher-Firma Fulgurit zur Kasse bitten. Auf der Halde lagert nicht nur der offiziell eingeräumte Asbestzementschlamm. Nach Angaben von ehemaligen Mitarbeitern wurden dort auch Filterstäube mit Asbestgehalten von rund 90 Prozent deponiert. „Für Asbest gibt es keinen Schwellenwert, Fasern sind krebserzeugend“, mahnte der linke Umweltpolitiker Kurt Herzog im Landtag mit Blick auf den geplanten Transport. Dieser wird zugleich immer unwahrscheinlicher, nachdem die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eine Annahme der Asbestabfälle auf ihren Deponien aus Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung untersagt haben. Mit einer ähnlichen Argumentation

hatte in der Vergangenheit das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die ursprünglich beabsichtigte Ablagerung des Asbestmaterials auf der Deponie in Hannover-Lahe unterbunden.

Bleibt zu fragen, warum die Befürworter aus Regionalverwaltung und Kommunalpolitik den teuren und gefährlichen Transport mittels simpler Kipplaster überhaupt wollen. Nur DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover hat von Anbeginn eine Sicherung der Halde vor Ort gefordert. Kurt Herzog kritisierte eine versteckte Form der Wirtschaftsförderung. Tatsächlich gibt es Firmen, die beim geplanten Abtransport Kasse machen würden: Zunächst wurde der Verursacher der Asbesthalde entlastet, als das Gelände mit Ausnahme der Halde verkauft wurde – ohne Gelder für Sanierungen einzufordern. Profitieren würde auch eine angrenzende Spedition, die das Gelände für eine Firmenerweiterung haben möchte. Die Spedition soll das Gelände deutlich unter Wert erhalten.

Perli: Rückholung des Atommülls aus der Asse zur Chefsache machen



Die EinwohnerInnen in der Region rund um die Asse befürchten seit langem, dass sich die Behörden von dem Plan verabschieden, den Atommüll aus dem ehemaligen Salzbergwerk im Landkreis Wolfenbüttel herauszuholen. Für die Verzögerungen schieben sich Bund und Land gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Dabei drängt die Zeit: Die Standortsicherheit ist bisher nur bis 2020 gewährleistet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten fließen täglich 12.000 Liter Salzlake in das marode Bergwerk. Wenn die 126.000 Fässer mit Atommüll dort bleiben, so warnen Experten, kann schon in wenigen Jahrzehnten ein Mix aus radioaktiven und giftigen Stoffen ins Grundwasser gelangen. Vor diesem Hintergrund forderte der LINKEN-Abgeordnete Victor Perli aus Wolfenbüttel Ministerpräsident David McAllister auf, endlich Druck auf Bundesumweltminister Norbert Röttgen (beide CDU) auszuüben, damit dieser die Bergung des Atommülls zügig auf den Weg bringt. Röttgen könnte von seinem Weisungsrecht Gebrauch machen.

„Sie sprechen sich für die Rückholung aus, aber tun nichts dafür, dass sie Wirklichkeit wird. Das ist verantwortungslos“, warf Perli dem Ministerpräsidenten im Landtag vor. Der Bundesumweltminister lässt sich vor Ort nicht blicken und antwortet auf Presseanfragen erst nach Wochen. Bezeichnend war auch die Äußerung des inzwischen verabschiedeten niedersächsischen Umweltministers Hans-Heinrich Sander (FDP) kurz vor Weihnachten, dass er und sein Ministerium schon immer der Meinung waren, den Müll am besten im ehemaligen Salzbergwerk zu belassen. Victor Perli forderte den neuen Umweltminister Stefan Birkner (FDP) auf, die Bergung des Atommülls durch aktives Handeln seines Ministeriums zu unterstützen. „Die Asse muss auf Landes- und Bundesebene zur Chefsache werden!“ Zu prüfen sei, ob die Bergung der Atommüllfässer durch eine Aufteilung der Schachtanlage in mehrere Atomanlagen beschleunigt werden könne, so Perli. Das ermögliche parallele Genehmigungsverfahren.

Zimmermann: Abschiebungen ins winterliche Kosovo stoppen!



Um die Landesregierung zu bewegen, bei ihrer rigorosen Abschiebepaxis wenigstens in den kalten Wintermonaten etwas Milde walten zu lassen, hat die Landtagsopposition einen Abschiebestopp ins winterliche Kosovo und angrenzende Staaten gefordert. Der Abschiebestopp soll bis Ende März dauern und für Roma und andere Minderheiten sowie Alte, Kranke, Familien mit minderjährigen Kindern und allein reisende Frauen gelten. Hilfsorganisationen weisen seit langem auf die schlimme Lage von Flüchtlingen hin, die in den Kosovo zurückkehren müssen. Vor allem für Angehörige der Roma sind die Lebensbedingungen unerträglich: Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung, extrem hohe Arbeitslosigkeit, Armut, mangelnde medizinische Versorgung – es gibt für Roma im Kosovo keine Möglichkeit, in Sicherheit und Würde zu leben. Viele, die von Abschiebung betroffen sind, sind in Deutschland geboren oder haben ihre Kindheit und Jugend in Niedersachsen verbracht. Ihre Heimat ist hier und nicht in einem Land, das sie nur vom Hören-

sagen kennen und das für sie mit Gewalt, Vertreibung und Krieg verbunden ist.

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann, erinnerte im Landtag an die historische Verantwortung Deutschlands. Die Verfolgung und Ermordung von mehr als einer halbe Million Sinti und Roma im Nationalsozialismus wurde mit Vorurteilen gerechtfertigt, die noch heute zu Diskriminierung und Ausgrenzung führen. Wie wichtig die Forderung nach einer humanen Flüchtlingspolitik ist, zeigt die jüngste Abschiebung von Ljiljeta Ademaj nach Pristina. Die Mutter von vier Kindern, zwei davon minderjährig, musste Deutschland nach fast 20 Jahren verlassen. Die Ausländerbehörde Emden hatte die Frau zuvor in Abschiebehaft genommen. Nun will die Behörde den Eindruck erwecken, sich besonders um das Wohl der Kinder zu sorgen und will sie deshalb auch in den Kosovo abschieben. „Das ist an Zynismus kaum noch zu überbieten“, kritisierte Pia Zimmermann.

Adler: Betroffene von Berufsverboten rehabilitieren



Die Linksfraktion will mit einem Antrag an den vor 40 Jahren beschlossenen sogenannten Radikalenerlass erinnern und erreichen, dass das öffentliche Ansehen der seinerzeit von Berufsverboten Betroffenen wieder hergestellt wird. Mit dem damals von der Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des Bundeskanzlers Willy Brandt verabschiedeten Erlass sollten angebliche Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst ferngehalten und entlassen werden. Das bedeutete ein Berufsverbot für Tausende, unter ihnen LehrerInnen, LokführerInnen, SozialarbeiterInnen und JuristInnen. Formell richtete sich der Erlass gegen Links- und Rechtsextremisten, in der Praxis traf es aber vor allem Linke: Mitglieder kommunistischer, sozialistischer und anderer linker Gruppen bis hin zu Friedensinitiativen. Den Betroffenen wurde fast ausnahmslos legales politisches Handeln wie die Kandidatur bei Wahlen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Mitunterzeichnen politischer Erklärungen vorgeworfen.

„Das war eines der dunkelsten Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte“, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Hans-Henning Adler, der selbst von einem Berufsverbot als Notar betroffen war und als Anwalt andere Betroffene vor Gericht vertrat. „Es wird höchste Zeit, dass dieses Kapitel kritisch aufgearbeitet wird, um daraus die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen“, forderte Adler. Die Landesregierung solle deshalb landesweit Veranstaltungen zur Freiheit im Beruf, im Internet und zur Freiheit vor Bespitzelung organisieren. Im Landtag solle es eine zentrale Diskussionsveranstaltung zur Bedrohung der Freiheit in den Jahren seit 1972 und zu den Lehren für heute geben. Schulen und Hochschulen werden gebeten, den Jahrestag der Berufsverbote zu thematisieren und aktuelle Bezüge herzustellen. Dazu gehören etwa die Versuche, das Internet zu überwachen und die Rolle des Verfassungsschutzes. Ziel ist es, politisch motivierte Bespitzelung und Verdächtigung für immer zu ächten.